

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 18 (1977)
Heft: 25

Rubrik: Mitteilungen

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

che Beziehungen mit Sozialsystemen und -strukturen möglich sind, welche die Verletzung der Menschenrechte begünstigen. Solche Begünstigung ist öffentlich anzuprangern» (S. 29). Nun, in bezug auf die vatikanische Ostpolitik könnte man da entsprechend doch Besseres noch erwarten.

Es geht bei den Stellungnahmen und der Lehrtätigkeit der katholischen Kirche um die Schaffung der geistigen Voraussetzungen, dass Christen bzw. Gemeinden befähigt werden, «in ihrer konkreten Situation ihre eigene Wahl zu treffen». Jedem Menschen müsse geholfen werden, «wirklich das zu werden, was er ist» (S. 41). Das tun — nur nicht so zentralisiert — andere Denominationen ja auch.

«Alle Kirchen» sind zur Teilnahme an einer Erziehungskampagne aufgerufen, die Bestimmungen der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte und der Organe und Verfahren zu deren Schutz weitesten Kreisen zur Kenntnis zu bringen. Ohne sich zu irgendwelchen Parteien zu äussern, rät das Arbeitspapier jedem Bürger und jedem Christen, «unbedingt mit staatlichen und nichtstaatlichen Organisationen zusammenzuarbeiten, welche die Menschenrechte (...) verteidigen und fördern» (S. 44/45) — bei einiger Zurückhaltung gegenüber einigen internationalen Gremien.

«Die Lehre der Kirche über die Grundrechte des Menschen ist in erster Linie auf den Erfordernissen der menschlichen Natur durch die Vernunft und das Naturgesetz begründet.» (S. 14/15) Das dürfte es säkularen Menschenrechtlern leicht machen, diese «für die Praxis bestimmte» Schrift zu berücksichtigen. Die Linke ist längst überholt.

Heinrich Ludwig: «Die Kirche im Prozess der gesellschaftlichen Differenzierung. Perspektiven für eine neue sozioethische Diskussion.» München 1976, 205 Seiten.

Diese preisgekrönte Doktorarbeit geht der Frage nach, was es mit der «Krise» der katholischen Soziallehre auf sich habe. Geht es dabei nicht einfach um die objektive Schwierigkeit, «den gesellschaftlichen Ort und die gesellschaftliche Funktion der Kirche in der gegenwärtigen Gesellschaft zu bestimmen»? (S. 11) Ludwig findet, dass die Kirche aus der Gesellschaft «emigriert» sei und die Theologie ihrerseits aus dem Naturrecht (dieses verstanden als «der traditionelle Ort der theologischen Diskussion des Verhältnisses von Kirche und Gesellschaft»; S. 14). Die «politische Theologie» und die biblisch begründete Sozialethik müssten erneut in einen Dialog treten; beide haben ihren Beitrag zu leisten — die erstere mit ihrer unaufgebbaren kritischen Funktion (gegenüber Kirche, Theologie und katholischer Soziallehre), die letztere wiederum könnte der Kirche zu einem Funktionsverständnis verhelfen «als Dienst an Freiheit ermöglichenden, Freiheit fördernden und Freiheit erhaltenden gesellschaftlichen Institutionen» (S. 190). Anfangen sollte die katholische Kirche mit einer Analyse der gesellschaftlichen Situation, nachdem sie «durch die personalen und institutionellen Identitätskrisen hindurchgegangen ist» (S. 191).

Max Weber und Emile Durkheim, die Begründer der Religionssoziologie, werden besonders berücksichtigt. Leicht lesbar ist Ludwigs Arbeit nicht: das breite Kirchenvolk wird sie kaum in die gewünschte Diskussion ziehen können. ■

Der Buchtip

«Die Familie Pasternak. Erinnerungen, Berichte.» Editions Poésie Vivante, Genève 1975, 167 Seiten.

Boris Pasternak ist ein Klassiker. In verschiedenen Ländern der freien Welt erscheinen Erinnerungen, Berichte, Monographien über ihn. Das vorliegende Buch möchte einige wesentliche Familienzeugnisse gesammelt vorlegen (in Deutsch, Französisch und Englisch). Es sind die Schwestern des Dichters, Lydia und Josephine, die das Material zusammengestellt haben; sie haben — nebst ihrem anderen Bruder Alexander und dem Vater Leonid — auch das meiste verfasst.

Der erste Teil gibt eine Beschreibung des Familienmilieus, in dem der spätere Dichter aufwuchs — ein Milieu, das zweifellos keine Begabung gefördert hat.

Sein Vater war ein namhafter Maler, weit über die Grenzen Russlands hinaus bekannt und einer der Begründer der Schule «Welt der Kunst», aus der u. a. Dobuschinski, Bakst, Larionow, Gontscharow hervorgingen.

Rosa Pasternak, die Mutter, war eine bekannte Pianistin. In Boris' Elternhaus gingen Schriftsteller, Maler, Schauspieler ein und aus; auch Lew Tolstoj gehörte zu den Besuchern. So erstaunt es nicht, dass Boris bereits in jungen Jahren weitgefächertes Interesse an Malerei, Musik und Philosophie bekundete; er beherrschte die wichtigsten europäischen Sprachen, studierte in Marburg u. a. Philosophie. Und er spielte auch selber Klavier.

In einem Brief an die Eltern schrieb Boris: «Tout ce que je suis, je le dois à vous; soit à titre d'héritage, soit comme éducation ou influence.» (S. 11) Die vorliegende Sammlung beleuchtet vorwiegend die Zeit, da der künftige Lyriker heranwuchs. Adäquate Uebersetzungen einer Anzahl von Pasternak-Gedichten ergänzen die Skizzen.

Ueber Pasternak und seine Familie gibt es weitere Literatur: So ein Buch seiner Sekretärin und Gefährtin Olga Iwinskaja, das soeben erschienen ist (russ.), und eine — leider noch nicht veröffentlichte — Schilderung namentlich der späten Jahre Pasternaks, von Jurij Krotkow. V. T.

In Kürze

Mutige Worte hat in der DDR die Magdeburger Kirchenleitung gefunden. In einem Rechenschaftsbericht für die Synode der Kirchenprovinz Sachsen setzt sie sich unter anderem mit der Praxis auseinander, Uebersiedlungsanträge von DDR-Bürgern nach der BRD als «rechtswidrig» zu bezeichnen. Gleichzeitig fordert sie auf, die Ursachen zu bekämpfen, die zum Wunsch nach Verlassen des Landes führen. Man müsse die Gründe ernster nehmen, die Menschen zur Stellung eines Uebersiedlungsantrages veranlassen. Die Kirchenleitung Magdeburg äussert insbesondere die Bitte, die Informationsmöglichkeiten zu verbessern, die Möglichkeiten zu Reisen in nicht-sozialistische Länder zu erweitern und die Glaubens- und Gewissensfreiheit in den Bildungsanstalten deutlicher zu gewähren, «damit es den Menschen leichter wird, mit ihren Kindern gern in der DDR zu leben». ■

Unsere Gesellschaft ist unmenschlich. Arbeit ist ekelhaft. Wer andere beneidet, hat recht, wer sich beneidet sieht, hat unrecht. Jede Veranschaulichung eines sittlichen Gebotes, einer moralischen Forderung darf so umgedeutet oder umgeschrieben werden, dass ihr Gegenteil uns ebenso einleuchtet. Gehorsam, Fleiss und Genügsamkeit sind Tugenden, welche die Ausbeutung begünstigen.

Lauter linke Behauptungen — nicht nur von Privatpersonen, sondern (jedenfalls in Westdeutschland) von Lehrern, Schulbuchautoren und -verlegern.

Es gibt keine objektive, neutrale Information; deren Auswahl ist bestimmt durch die Interessenlage des Informanten.

Eine weitere linke Behauptung. Aufstellen kann sie nur, wer die Wahrheit grundsätzlich relativiert. Und das eben entspricht der Interessenlage linker «Erzieher». Ein nicht-ideologischer Soziologe hat diese Schülermanipulation sorgfältig untersucht*: im Unterrichtswesen der Bundesrepublik wirkt ein Apparat von Marxisten, die ihr Gesamtkonzept für den Umbau der Persönlichkeit der Kinder seit Anfang der siebziger

à propos Mensch

Jahre in der Schule zur Anwendung bringen. «Erziehungs»ziel ist ein einheitliches «sozialistisches Bewusstsein» bei allen Schülern.

In unserer unmenschlichen Gesellschaft wird der Mensch und namentlich das Kind allenthalben manipuliert, lehren Lesebuch und Lehrer, und es gibt nur eine Erlösung aus der unumgänglichen Manipulationsangst: wenn alle unmanipuliert in der sozialistischen Gesellschaft glücklich sein werden.

Die linke Manipulation — kein Mythos! — bedient sich einschneidender Mittel. Allein in der wechselnden Schülergruppe soll das Kind «zu Hause» sein (das führt zu Einebnung des Individuellen, Angst vor Abweichung, Selbstbeschwindelung über den eigenen Verantwortungsteil). Die Kinder sollen möglichst wenig von positiven Leitbildern und Eindrücken erreicht werden, sondern ständig nach Ungerechtigkeiten suchen. «Heile Welt»?! Dafür gibt es nur Hohn. Um die Schüler dagegen auf den utopischen Sozialismus einzustimmen, fixiert man sie auf angeblich unlösbare «Widersprüche im Kapitalismus» — was den Reifungsprozess verhindert; frustriert, sieht das Kind keinen Sinn in irgendwelcher Anstrengung.

Ergebnis: nicht ein kritisches Bewusstsein, sondern ein geschädigtes. Schoeck zeigt auf, wie Eltern sich wehren und ihren Kindern helfen können gegen den Versuch der Linken, diese «nicht zu Jasagern» zu erziehen. Zum Beispiel durch kritische Fragen an die Kritiker.

Es ist ein Büchlein übers Mensch-Werden und -Bleiben. HTD

* Helmut Schoeck: Schülermanipulation. Wie man unseren Kindern das «richtige Bewusstsein» beibringt. Aufklärung für Eltern und Erzieher. Herder-TB, 157 S.

Das Dokument

Die sogenannten Helsinki-Gruppen in der Sowjetunion, welche die Einhaltung der KSZE-Erklärungen fordern, haben Entsprechungen in Polen. Im dortigen Samisdat äussert sich ein «Polnisches Jugendkomitee für die Erfüllung der Beschlüsse von Helsinki». Seiner «Erklärung Nr. 3» (veröffentlicht von der Gesellschaft für Menschenrechte, Frankfurt, in «Dokumente», September/Okttober 1977) entnehmen wir Auszüge:

Es war nach Helsinki — im Juni letzten Jahres —, dass die Arbeiterstreiks in Radom und Ursus brutal unterdrückt wurden. Diese Ereignisse wurden von massenweisen Arbeiterentlassungen begleitet, von Foltern, von Einschüchterung von Zeugen und Opfern, die Polizeipraktiken wie Spiessrutenlaufen u. a. ausgesetzt wurden.

Es war nach Helsinki, dass die Verteidiger der Menschenrechte in der UdSSR und in der Tschechoslowakei verhaftet wurden, während sie in Polen und anderen Ländern Osteuropas Opfer von Verleumdungskampagnen und anderen Formen der Treibjagd wurden.

Es war nach Helsinki, dass in Polen die Zensur verschärft wurde.

Die grosse Mehrheit unserer Gesellschaft, welche die diskreditierten Parteimachthaber ablehnt, wird wegen ihrer ideologischen und religiösen Ueberzeugungen diskriminiert; es wird ihnen jede Möglichkeit entzogen, an der Verantwortung für die Geschehnisse ihres Landes teilzunehmen. Die Massenmedien geben, da sie ein Staatsmonopol sind, nur den Standpunkt der Partei wieder. Die Schulen, Universitäten und andere Institutionen und Organisationen sind verstärktem Druck seitens der (...) Parteipropaganda ausgesetzt.

Auch nach Helsinki erfordert jede Weigerung, sich einer noch so schändlichen Entscheidung der Machthaber zu fügen, heroischen Mut, da sie mit dem Verlust des Lebensunterhaltes und mit Verfolgung durch ungezügelter Sicherheitspolizei verbunden ist.

Die Partei behauptet, dass die westlichen Medien

einseitig «schwarzes Bild» unserer Wirklichkeit präsentieren. Aber die Partei sagt nicht, dass unsere Medien das Leben im Westen in genau derselben Weise darstellen. Es wird gesagt, dass in Polen heute eine sehr viel grössere Zahl westlicher Bücher gedruckt wird. Aber es wird verschwiegen, wieviel westliche Literatur — Periodika und selbst wissenschaftliche Zeitschriften, nicht zu reden von ausländischen Zeitungen — beschlagnahmt wird, soweit sie unerwünschte Nachrichten enthält.

Was kann man tun, um zu verhindern, dass das Problem der Menschenrechte nach Belgrad abermals zum Gegenstand des Spotts (...) wird?

Die Achtung der Menschenrechte in einem Lande ist nicht nur eine innere Angelegenheit des betreffenden Landes. Dieser offensichtlich gültige Standpunkt Präsident Carters (...) sollte in einer neuen, verbesserten Version der Helsinki-Erklärung abermals mit Nachdruck betont werden (...). Wenn es in den (...) Ländern des Westens volle Freiheit für Kommunisten geben kann, sollten die östlichen Staaten diese Rechte auch den-

jenigen ihrer Bürger zugestehen, die andere politische Ansichten haben.

Es ist höchste Zeit, dass das internationale Recht eine ausdrückliche Verurteilung der Verletzung der menschlichen Würde durch den staatlichen Propagandaapparat aufnimmt. Der Terror der Lüge und der Täuschung ist in einem totalitären Staat gefährlicher als der physische Terror.

Dem Schutz der Gewissensfreiheit eines wehrlosen, von staatlicher Seite jeder Möglichkeit von psychologischem Druck ausgesetzten Menschen sollte vor den andern Aufgaben unserer Zeit Vorrang eingeräumt werden.

An der Belgrader Konferenz wird unser Volk von Beamten der Regierungen Polens, der UdSSR, der Tschechoslowakei und anderer sogenannter «sozialistischer» Staaten vertreten.

Sie sprechen für uns, ohne uns gehört zu haben. Die Welt sollte sich daran erinnern, dass die «Meinungen» der Osteuropäer von jenen ausgedrückt werden, die (...) ihre eigenen Völker gegen sich haben. ■

Der Kommentar

(Fortsetzung von Seite 7)

ohne dass sich die Kirche ihrerseits propagandistisch dagegen wehren kann? Wie ist das vereinbar mit dem konstitutionell verankerten Grundsatz der Trennung von Staat und Kirche? Warum untersteht die Kirche in allen kommunistisch regierten Staaten den staatlichen Aufsichtsorganen, wenn die Trennung von Staat und Kirche gilt? Warum wird in der Sowjetunion der Religionsunterricht für die Kinder auch ausserhalb der Schule strafrechtlich verfolgt?

Weshalb könnten diese Fragen nicht getrennt von der gesamten Thematik der Helsinki-Schlussakte behandelt werden?

Die Dialektik in der sowjetischen Stellungnahme ist bemerkenswert: Zuerst sollen die Fragen der Sicherheit und Zusammenarbeit geregelt werden; dann könne man über den Dritten Korb verhandeln! Zuerst soll der Frieden garantiert werden, nachher die individuellen Menschenrechte. Die Hauptsache sei, dass die Kanonen schweigen! Dies steht in klarem Widerspruch zur Forderung, die Bestimmungen des Dokumentes sollten als ein Ganzes betrachtet und behandelt werden! Jedes Mitglied der Kirche kann von der Kirchenführung mit vollem Recht erwarten, dass diese — wenn sie zu dieser Problematik Stellung nimmt — die Priorität des Dritten Korbes verlangt, schon aus reiner Solidarität mit den östlichen Kirchen (nicht aber mit jenen Kirchenführern, die vom atheistischen Staat eingesetzt werden!).

Die Konsultationsteilnehmer hatten recht, dass sie sich für den Frieden einsetzen. Aber ist die folgende Erklärung gut überlegt? «Die Kirchen sollen darüber nachdenken, dass wirkliche Sicherheit nicht militärisch gesichert werden kann, sondern durch gerechte und offene Beziehungen zwischen Staaten hergestellt wird.» Warum wird hier nicht der zwischenmenschliche Kontakt anstelle der zwischenstaatlichen Beziehungen zwischen West und Ost verlangt?

Wenn man auf der östlichen Seite des Eisernen Vorhanges nicht die ständige Militarisierung von Gesellschaft, Staat und Wirtschaft sehen würde, könnte man mit dieser Formulierung ohne Vor-

behalt einverstanden sein. Aber wofür dient diese Militarisierung, die in diesem Masse vielleicht nicht einmal in Hitler-Deutschland bis 1938 praktiziert worden ist?

Gerade in diesem Zusammenhang sieht man eine gewisse Entfernung der protestantischen Kirche vom Volk. Die Theologische Kommission des Kirchenbundvorstandes unter dem Vorsitz von Prof. G. W. Locher stellte fest, der Militärdienstverweigerer aus politischen Gründen befinde sich in der nämlichen schweren Konfliktsituation wie der religiös oder ethisch motivierte. Deshalb sei «das weitverbreitete Vorurteil aufzugeben, wonach eine Militärdienstverweigerung aus „nur“ politischen Gründen mit der Ethik nichts zu tun habe» (EPD, Nr. 42/1977, S. 8—9). (Ein Nazi hätte sich geweigert, für die «verjudete Schweiz» zu dienen; sehr ethisch, in der Tat! Red.)

Interessant sind die Proportionen und der Inhalt der Berichterstattungen über die ungarische reformierte Kirche und über Südafrika (Nr. 43/1977 des Pressedienstes). Die Berichterstattung über die ungarische reformierte Kirche ist positiv (S. 5 bis 8); das Wort wird hauptsächlich Bischof Bartha aus Ungarn gegeben, aber auch in den übrigen Teilen gibt es nicht die geringste Kritik. Südafrika wird — mit vollem Recht — stark kritisiert (S. 9—10). Mindestens hätte der Pressedienst bei den zwei neuen reformierten Bischöfen Ungarns — Laszlo Kürti (Miskolc) und Karoly Toth (Budapest) — eine kurze Charakteristik geben müssen, auch wenn dies nicht ganz leicht ist. In keinem ungarischen Lexikon (nicht einmal in den ungarischen Who's-who-Bänden) sind diese Namen zu finden. Um so mehr kann man aber von Toth lesen, von dessen Karrierismus und unbeschränktem Opportunismus. In seiner Servilität vor dem atheistischen Staat geht er so weit, dass er in seiner Eigenschaft als Generalsekretär der Christlichen Friedenskonferenz (Sitz in Prag, einer der Transmissionsriemen Moskaus in der Aussenpolitik) den «gerechten Krieg» sowjetischer Version rechtfertigt.

Interessant und wichtig sind hingegen einige kritische Stimmen gegenüber der CSSR und Polen (Nr. 41, S. 6), und es ist sehr erfreulich, dass in diesem Zusammenhang der Pressedienst praktisch trotzdem den Menschen in den Vordergrund stellt!

Janos Szikra

ZEITBILD

erscheint alle zwei Wochen

Redaktion - Administration - Anzeigenverwaltung

Jubiläumsstrasse 41, CH-3000 Bern 6

Tel. 031 43 12 12. Telex 32728 soi ch

Telegramm Schweizost

Postcheck ZeitBild 30-24616, Banken: Spar +

Leihkasse Bern 153.400.2.03, Deutsche Bank

Frankfurt a. M. (BLZ 500 700 10) 78-2409

Printed in Switzerland ISSN 0044-2100

Verantwortlicher Herausgeber und Verlag

Schweizerisches Ost-Institut AG (SOI)

Jubiläumsstrasse 41, CH-3000 Bern 6

Redaktion

Peter Sager, Christian Brügger

Administration und Anzeigenverwaltung

Peter Dolder

Abonnementspreise

Fr. 34.- jährlich (Ausland Fr. 37.-, DM 34.-)

Studenten und Lehrlinge Fr. 20.-

(Ausland Fr. 23.-, DM 20.-)

Halbjahr Fr. 18.- (Ausland Fr. 20.-, DM 18.-)

Einzelnummer Fr. 1.50 (Ausland Fr. 2.-, DM 1,50)